

„Eine Maus, eine Maus, ein Königreich für eine Maus“ – oder: Wer streut uns denn da Sand in die Augen?

Es ist schon schlimm: Die Neu-Koalitionäre von CDU/CSU und FDP haben in ihren Verhandlungen ein erstes Ergebnis erzielt. Vollmundig lassen sie die Medien als „Erfolg“ verkünden, was sie an „Verbesserungen“ für Hartz IV-Empfänger tun wollen: Eine Verdreifachung des Schonvermögens, kein Antasten der selbstgenutzten Immobilie; bei der Zuverdienstgrenze halten sie sich noch bedeckt.

Schlimm ist das Ganze insofern, als von der vorgesehenen Regelung des „Schonvermögens“ gerade mal 0,2 Prozent der 5,5 Millionen Hartz IV-Empfänger betroffen sind; und die selbstgenutzte Immobilie wurde auch bislang nicht zur Bemessung des Arbeitslosengeldes II herangezogen, sofern bestimmte Wohnflächen-Grenzen nicht überschritten wurden.

In Sachen „Verlängerung der Laufzeit für Atomkraftwerke“ scheint die Richtung klar: Die Laufzeitbegrenzung soll komplett gestrichen werden. Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes wissen nun: Die neue Koalition wird die zukünftigen Generationen nicht nur mit den Folgekosten der Beseitigung dieser Technologie belasten, sondern mutet ihr auch höchste potentielle Gesundheitsgefährdung zu. Da ist es gut, wenn die SPD Niedersachsen einen Untersuchungsausschuss zu Gorleben fordert und die Involvierung der damaligen Regierung Kohl (CDU) in die Erstellung eines früheren Gutachtens zu Gorleben offenlegen lassen will.

Am allermeisten dürfte aber die Beschäftigten in diesem Lande, die niedrige Einkommen beziehen, betreffen, dass CDU/CSU und FDP die Mindestlöhne abschaffen und dafür „sittenwidrige Löhne“ verbieten wollen. Wir alle wissen, dass dieser Begriff dehnbar ist wie Gummi. Hämisch wirkt denn auch die Formulierung: „Sittenwidrig“ soll ein Lohn dann sein, „wenn er ein Drittel unter dem Durchschnitt des branchenspezifischen Lohnes liegt“. Das heißt im Klartext: Sinkt der Durchschnittslohn, dann sinkt der „sittenwidrige“ Lohn auch. Die Löhne und Gehälter können weiter beliebig gedrückt werden, ohne dass jemand Anstoß nimmt. Die Vorstellung und Maßgabe der Mindestlohn-Idee, dass ein Vollbeschäftigter mit seinem Gehalt seine Familie ernähren können muss und ihr ein gesichertes Leben bieten sowie etwas für seine private Altersvorsorge tun kann, verschwindet. Diese Koalition sorgt dafür, dass immer mehr Menschen von staatlichen Subventionen (man spricht dann vornehm von „Transferzahlungen“) abhängig werden; die Unternehmen werden auf Kosten der abhängig Beschäftigten von Lohnkosten entlastet, die Steuerquote erhöht sich – ein Wahnsinn par excellence und ein hochgefährliches Unterfangen. Uns ist heute schon klar, dass diese Koalition den Grundstein für zukünftige soziale Konflikte legt.